Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 4. August 2009
Ausgabe 145

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **3**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› OB Ude: Keine städtische Geldspritze für den Flughafen 4
› Übergabe des Seerosenpreises 5
› Arbeitskreis Bestattungswesen des Bayerischen Städtetags gegen Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit 6
› Kinder-Veranstaltung „Wie Töne gemacht werden“ 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **8**
› Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (II) 8
› Schafft Google den „Gläsernen Münchner“? 10
› Linksextremisten als (Mit-)Veranstalter im Gasteig? 13
› Abtreibung in München – Zahlen, Entwicklung, Maßnahmen (I) 15
› Abtreibung in München – Zahlen, Entwicklung, Maßnahmen (II) 17
› Augen auf beim „a.i.d.a.“-Archiv – wie weit geht die Zusammenarbeit der Stadt mit Linksextremen? (I) 19
› Augen auf beim „a.i.d.a.“-Archiv – wie weit geht die Zusammenarbeit der Stadt mit Linksextremen? (II) 22
› Dönerstände in München – Zahlen, Entwicklung, Auffälligkeiten 24
› „Freiheit statt Zwang“ – Kosten, Beteiligte, Straftaten? 26

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

› Jüdisches Leben in München – Zahlen, Fakten (II); 28
› Jüdisches Leben in München – Zahlen, Fakten (III),
Kosten und Zuschüsse für den Schutz jüdischer Einrichtungen 31

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat 8

Terminhinweise

Mittwoch, 5. August, 10.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 103
Präsentation des neuen Internetauftritts der Stadtkämmerei durch Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz. Der neue gestaltete Internetauftritt ist nutzerfreundlicher und wird am 5. August starten. Schon auf der Startseite sind die wesentlichen Zahlen zu Haushalt, Investitionen und Bilanz ersichtlich, mit wenigen Klicks sind detaillierte Informationen und Diagramme, zum Beispiel zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben, zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens, des Schuldenstandes, etc. erreichbar. Von besonderem Interesse dürfte die ausführliche Darstellung des Mehrjahresinvestitionsprogramms sein: neben einer Darstellung großer Investitionsmaßnahmen aus den Schwerpunktbereichen lassen sich die Investitionen im Schul-, Kinderbetreuungs- und Sportbereich auch stadtviertelbezogen abrufen.

Mittwoch, 5. August, 11 Uhr, BMW-Pavillon am Lenbachplatz
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Renate Bender (Sprecherin der Initiative Münchner Galerien für zeitgenössische Kunst) sowie Thomas Girst (BMW Kulturkommunikation) stellen das Programm für die 21. Open Art 2009 vor. Open Art ist eine Veranstaltung der Initiative Münchner Galerien zeitgenössischer Kunst, die in diesem Jahr vom 11. bis 13. September stattfinden wird. Teilnehmen werden über 60 Münchner Galerien, deren virtuelle Portraits beim Pressegespräch erstmals vorgestellt werden und während der Open Art im BMW-Pavillon auf Bildschirmen zu sehen sind. Ausführliche Presseinformationen sowie Bildmaterial werden zur Verfügung gestellt.

Donnerstag, 6. August, 11 Uhr, St.-Jakobs-Platz: Kinderspielplatz vor dem Café des Jüdischen Museums (hinter der Synagoge)
Die Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München, Jana Frädrich, und Tourismusdirektorin Dr. Gabriele Weishäupl stellen gemeinsam mit Kindern die neue Broschüre „Komm mit! – Kinder und Familien entdecken München" vor. Für Einheimische genauso wie für Familien, die als Gäste in München sind, gibt es viel zu entdecken. Egal, ob mit der Schulklasse, mit den Eltern, Großeltern, Freunden oder Verwandten. Die Broschüre „Komm mit!" hat aus dem großen Angebot, das München zu bieten hat, eine übersichtliche Auswahl an kostengünstigen oder kostenlosen Ausflugszielen

ausgesucht, speziell für Kinder und Familien und speziell für die Sommermonate.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
Bei Regen findet der Termin im Münchner Stadtmuseum, Moriskensaal, an der Skulptur von Heinrich dem Löwen statt (St.-Jakobs-Platz 1).

Donnerstag, 6. August, 19 Uhr,
Kunstpavillon Alter Botanischer Garten, Sophienstraße 7a
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers übergibt den Seerosenpreis an die Münchner Künstlerin Dorothea Reese-Heim sowie den Münchner Maler Manfred Hollmann. Die Laudatoren sind Gisela Geiger (Stadtmuseum Penzberg) und Reinhard Fritz (Bildender Künstler), Begrüßung durch Konrad Hetz (Sprecher des Seerosenkreises).
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 11. August, 19.30 Uhr,
Alten- und Service-Zentrum „Westpark", Badgasteiner Straße 5
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 7 (Sendling - Westpark) mit der Vorsitzenden Ingrid Notbohm.

Dienstag, 11. August, 20 Uhr,
Alten- und Service-Zentrum „Westpark", Badgasteiner Straße 5
Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling - Westpark).

Meldungen

(teilweise voraus)
OB Ude: Keine städtische Geldspritze für den Flughafen
(4.8.2009) Zeitungsberichte, wonach es einen Streit zwischen Rot-Grün über eine städtische Finanzhilfe für den Flughafen gebe, beruhen „auf einer freien Erfindung", betonte Oberbürgermeister Christian Ude in einer Stellungnahme. „Einen Streit kann es schon deshalb nicht geben, weil dieses Thema noch in keiner Weise an die Stadt herangetragen worden ist und weil überdies im rot-grünen Rathausbündnis keine Meinungsverschiedenheiten bestehen." Schon bei der letzten Aufsichtsratssitzung und Gesell-

schafterversammlung der Flughafengesellschaft am 24. Juli haben die beiden Vertreter der Stadt, Oberbürgermeister Christian Ude und Wirtschaftsreferent Dieter Reiter, deutlich gemacht, dass die Landeshauptstadt München angesichts der schwierigen Haushaltslage auf keinen Fall auf die Tilgung und Verzinsung der Gesellschafterdarlehen verzichten könne. In Zeiten dramatischer Einbrüche bei der Gewerbesteuer und dem kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer sowie sprunghaft steigender Ausgaben im Sozial- und Schulbereich verbiete es sich, von der Stadt zusätzliche finanzielle Anstrengungen zu erwarten. Überdies hat der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, dass der Freistaat erst vor geraumer Zeit auf einer teilweisen Rückzahlung der Darlehen bestehen musste, um seine eigenen Haushaltsprobleme zu lindern. Die Stadt benötige den Vermögenswert der Rückzahlungsforderungen, um gegebenenfalls bei einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und der öffentlichen Finanznot die dauerhafte Leistungsfähigkeit nachzuweisen.
Zur jüngsten Entwicklung, wonach der Freistaat zur Umwandlung seiner Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital der Flughafengesellschaft bereit sei, erklärt Oberbürgermeister Christian Ude: „Man darf gespannt sein, wie der Freistaat diese Großherzigkeit finanzieren will. Üppige Gewinne der Landesbank scheiden als Finanzquelle ja wohl aus. Jedenfalls verfügt die Landeshauptstadt über keine Mehreinnahmen, die es ermöglichen würden, bisher gemeinsame Positionen der Gesellschafter zu räumen. Die Stadt steht nach wie vor zu ihrem Bekenntnis zum Flughafenausbau, sofern der Bedarf auch unter veränderten ökonomischen Bedingungen nachgewiesen werden kann. Der Ausbau muss aber wie schon beim 2. Terminal vom Flughafen selbst erwirtschaftet werden und darf nicht die Gesellschafter in noch größere Finanzprobleme stoßen."

Übergabe des Seerosenpreises

(4.8.2009) Die Münchner Künstlerin Dorothea Reese-Heim sowie der Maler Manfred Hollmann werden am 6. August mit dem Seerosenpreis 2009 ausgezeichnet. Der Seerosenpreis wird jährlich an Künstlerinnen und Künstler vergeben, die langjährig tätig sind und ihren Lebens- und Schaffensmittelpunkt in München haben. Der mit insgesamt 4.000 Euro dotierte Preis ist von der Landeshauptstadt München gestiftet und wird durch ein Preisgericht, bestehend aus Vertretern der Münchner Künstlerschaften, vergeben.
Dorothea Reese-Heim (geboren 1943) beteiligte sich an diversen nationalen und internationalen Ausstellungen und Wettbewerben, u.a. in Wien, Sydney, Kioto, USA, Korea und Finnland. Im Jahr 1995 erhielt sie den Bayerischen Staatspreis und 2004 den Verdienstorden der Bundesrepublik

Deutschland. Manfred Hollmann (geboren 1929) erhielt 1961 den Förderpreis der Stadt München für Malerei. Er war von 1973 bis 1995 Professor für Malerei an der Akademie der Bildenden Künste München und ist Mitglied der Neuen Gruppe.
Die Preisverleihung findet am Donnerstag, 6. August, 19 Uhr, im Kunstpavillon Alter Botanischer Garten München mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung statt. Als Laudatorin für Dorothea Reese-Heim spricht Gisela Geiger (Stadtmuseum Penzberg), als Laudator für Manfred Hollmann Reinhard Fritz (Bildender Künstler), Begrüßung durch Konrad Hetz (Sprecher des Seerosenkreises). Die Werke der beiden Preisträger sind von Freitag, 7. August, bis Sonntag, 23. August, Dienstag bis Samstag 13 bis 19 Uhr, Sonntag 11 bis 17 Uhr, im Kunstpavillon Alter Botanischer Garten zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Arbeitskreis Bestattungswesen des Bayerischen Städtetags gegen Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit

(4.8.2009) Der Arbeitskreis Bestattungswesen des Bayerischen Städtetags hat sich bei seiner Jahrestagung in München einmütig der Initiative der Landeshauptstadt München gegen Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit angeschlossen. Wie berichtet, hat im Frühjahr dieses Jahres der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Passus in der Münchner Friedhofsatzung gekippt, der ein entsprechendes Verbot zum Ziel hatte. Zum Hintergrund: Grab- und Natursteine sind häufig Importe aus Indien oder China. Die Arbeitsbedingung dort sind meist katastrophal – in den indische Steinbrüchen ist Kinderarbeit eher die Regel als die Ausnahme. Schwerstarbeit, Staub, Lärm und Unterernährung sind Lebensalltag der Kinder.
Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt: „Die Landeshauptstadt München wird sich nun über den Deutschen Städtetag an den Bundesgesetzgeber wenden, um eine bundeseinheitliche Regelung zur Vermeidung von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu schaffen."
Darüber hinaus äußerte Joachim Lorenz auf der Jahrestagung den Wunsch, dass der Arbeitskreis sich in einer seiner nächsten Sitzungen nochmals des Themas „Sargzwang" annehme. Konkret geht es um die Möglichkeit einer Bestattung im Tuch und nicht im Sarg, die im islamischen Glauben vorgesehen ist. „Bisher lassen sich noch die meisten Muslime mit Migrationshintergrund in ihrer ursprünglichen Heimat bestatten, obwohl sich viele von ihnen in München zu Hause fühlen", sagt Lorenz.
Spezielle Sektionen für Muslime gibt es auf den Münchner Friedhöfen schon seit den 50er Jahren, ein neues Gräberfeld für Muslime ist derzeit in Planung. Eine Bestattung mit Tuch anstatt mit Sarg ist aus rechtlichen Gründen aber bis heute nicht möglich. Das bayerische Bestattungsgesetz

untersagt dies. „Wir würden uns hier eine Regelung wünschen, die in anderen Bundesländern bereits üblich ist," so Joachim Lorenz „nicht nur aus Gründen der Integration soll auch in München eine Bestattung nach islamischem Ritus selbstverständlich sein."

Kinder-Veranstaltung „Wie Töne gemacht werden"

(4.8.2009) In einer Kooperationsveranstaltung von Münchner Stadtmuseum und Museums-Pädagogischem Zenrum (MPZ) können Familien mit Kindern ab fünf Jahren am Samstag, 8. August, 14 bis 16 Uhr, im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, erfahren, wie Töne entstehen. Um herauszufinden, wie das funktioniert, dürfen auch einige Instrumente der Sammlung Musik ausprobiert werden. Der Eintritt ist für Kinder frei, Eltern zahlen den Museumseintritt von 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Teilnahme gebühr beträgt pro Kind 2,50 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 4. August 2009

Wie teuer kommt München die Zuwanderung? (II)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 19.2.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mich gebeten, Ihre Anfrage vom 19.02.2009 zu beantworten.

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf Angaben der Polizei der Hansestadt Hamburg betreffend eine Auswertung des volkswirtschaftlichen Gesamtschadens durch von Migranten verursachten Straftaten.
Eine derartige Schätzung gibt es nach Auskunft des Polizeipräsidiums München für den Bereich der Landeshauptstadt München nicht.
Zu den von Ihnen gestellten Fragen teile ich Ihnen daher Folgendes mit:

Frage 1:
Welche Vergleichszahlen existieren ggf. für die bayerische Landeshauptstadt München?

Antwort:
Es liegen keine Vergleichszahlen vor.

Frage 2:
Welche Erhebungen bezüglich der durch Ausländer in München verursachten volkswirtschaftlichen Schäden wurden ggf. durch die Münchner Polizei oder durch andere Institutionen (z.B . Versicherungen) angestellt? Wo sind die Ergebnisse einschlägiger Untersuchungen ggf. einsehbar?

Antwort:
Soweit bekannt, wurden durch die Münchner Polizei keine Erhebungen angestellt; bzgl. möglicher Erhebungen anderer Institutionen liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 3:
Wenn Frage 2. – nach einschlägigen Untersuchungen durch die Münchner Polizei u.a. – mit „nein" beantwortet wurde: warum wurden die durch Ausländer in München verursachten volkswirtschaftlichen Schäden bislang nicht untersucht und quantifiziert?

Antwort:
Die Erhebung derartiger Daten fällt nicht in den Aufgabenbereich der städt. Referate.
Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Münchens liegen Auswertungen nach dem volkswirtschaftlichen Schaden nicht im primären Interesse der Polizei. Sie ließen sich darüber hinaus mit der beim Polizeipräsidium München vorhandenen Datenbasis nicht seriös darstellen.

Schafft Google den „Gläsernen Münchner"?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 24.06.2009 nehme ich Bezug.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Informationen liegen über geplante oder bereits stattfindende „Shootings" von Münchner Straßen durch das Unternehmen Google vor?

Antwort:
Laut Presseberichten aus dem Jahr 2008 sind Fahrzeuge der Firma Google mit dem Zweck, Aufnahmen von Münchner Straßen zu fertigen, bereits letztes Jahr durch München gefahren. Augenzeugenberichten zufolge führt Google derzeit noch Ergänzungsfahrten in einigen Gebieten der Landeshauptstadt München durch. Das dabei gewonnene Bildmaterial soll nach entsprechender Aufbereitung, wie der einschlägigen Presseberichterstattung zu entnehmen ist (vgl. Münchner Merkur vom 29.06.09, S. 29), wohl noch in diesem Jahr online gestellt werden.

Frage 2:
Liegen der Stadt Anfragen seitens Google vor, die die Durchführung von Straßenaufnahmen in München zum Gegenstand haben?

Antwort:
Nein.

Frage 3:
Wie bewertet der Oberbürgermeister Googles „Streetview" aus datenschutzrechtlicher Sicht?

Antwort:
Vorab ist darauf hinzuweisen, dass die Landeshauptstadt München, anders als etwa das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein (ULD), keine Befugnis zur Datenschutzaufsicht gegenüber privaten Firmen hat und deshalb nicht tätig werden kann, um Aufnahmen von Münchner Straßen und deren Einstellung ins Internet durch Google zu verhindern.

Nach Landesrecht zuständige Aufsichtsbehörde im Privatbereich ist in Bayern das Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht in der Regierung von Mittelfranken, das im sog. "Düsseldorfer Kreis" vertreten ist. In diesem Kreis treffen sich seit 1977 die obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz in der Privatwirtschaft (Aufsichtsbehörden für den nicht-öffentlichen Bereich) – benannt nach dem ersten Tagungsort. Zweimal im Jahr beraten die Aufsichtsbehörden über aktuelle datenschutzrechtliche Entwicklungen in der Privatwirtschaft und formulieren gemeinsame Standpunkte. Die wichtigsten Ergebnisse werden in gemeinsamen Arbeitspapieren oder Beschlüssen veröffentlicht.
In seiner Sitzung vom 13./14.11.2008 in Wiesbaden hat der Kreis u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

- Gesichter, Kfz-Kennzeichen oder Hausnummern dürfen nicht erkennbar sein
- Bewohnern und Grundstückseigentümern muss ein Widerspruchsrecht eingeräumt sein.
  (*http://www.bfdi.bund.de/cae/servlet/contentblob/416842/publicationFile/25165/141108DigitaleStrassenansichten.pdf*).

Der aufgrund der Deutschland-Niederlassung von Google in Hamburg zuständige Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat in Verhandlungen mit Google Zusagen erhalten, die den Forderungen des Kreises entsprechen, z. B.:

- Google hat verbindlich zugesichert, eine Technologie zur Verschleierung von Gesichtern vor der Veröffentlichung von derartigen Aufnahmen einzusetzen.
- Google hat verbindlich zugesichert, eine Technologie zur Verschleierung von Kfz-Kennzeichen vor der Veröffentlichung derartiger Aufnahmen einzusetzen.
- Google hat verbindlich zugesichert, Widerspruchsmöglichkeiten zur Entfernung bzw. Unkenntlichmachung eines Gebäudes durch einen Bewohner oder Eigentümer vorzuhalten und derartige Widersprüche zu bearbeiten.....
  Die Einzelheiten sind unter seiner Webseite abrufbar:
  http://www.hamburg.de/datenschutz/aktuelles/1569338/google-street-view-zusage.html

Frage 4:
Welche Möglichkeiten gibt es für Münchner Bürger, sich dem Fotografieren ihrer Häuser, Wohnungen und Grundstücke durch Google zu widersetzen?

Antwort:
Aus dem oben genannten Link des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten ist auch ersichtlich, dass Bürgerinnen und Bürger Widersprüche gegen die Veröffentlichung von Personen, Kfz-Kennzeichen und Gebäuden bei Google erheben können und dass diesen durch Unkenntlichmachung auch Folge geleistet werden wird. Der Widerspruch kann eingelegt werden, wie auf der Webseite von Google unter *http://maps.google.de/intl/de/help/maps/streetview/faq.html* geschildert.

Linksextremisten als (Mit-)Veranstalter im Gasteig?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Im Rahmen des Projekts 'Endstation Vernichtung. Diensteifer und Pflichterfüllung bei der Reichsbahn in München 1933 bis 1945' wird am Donnerstag, 25.06.2009, im Vortragssaal der Stadtbibliothek am Gasteig der Film ‚Menschliches Versagen' zur Vorführung gebracht. Regisseur Michael Verhoeven wird anwesend sein.

Außerdem werden am Donnerstag, 09.07.2009, um 19.00 Uhr Ausschnitte aus dem Film ‚Shoah' vorgeführt. Laut Internetseite und offiziellem Gasteig-Programm handelt es sich um ein ‚Verbundprojekt' von Arbeit und Leben, BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung, DGB-Bildungswerk, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Regionalgruppe München, Kreisjugendring München-Stadt, Münchner Volkshochschule, SDJ – Die Falken, Landesverband Bayern, VVN/BdA unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wie bewertet die Stadtverwaltung den Umstand, dass im Gasteig als „linksextrem" eingestufte Gruppierungen als Mitveranstalter Veranstaltungen durchführen dürfen?

Antwort:
Die Stadtverwaltung macht sich in diesem Zusammenhang die Bewertung „linksextrem" nicht zu eigen (vgl. auch Antwort zu Frage 4).

Frage 2:
Wie bewertet die Stadtverwaltung den Umstand, dass unter der Schirmherrschaft des Münchner Oberbürgermeisters als "linksextrem" eingestufte Gruppierungen auftreten dürfen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
An wie vielen Veranstaltungen im Gasteig hat seit dem Jahr 2005 a) die VVN/BdA, b) die SJD- Die Falken mitgewirkt?

Antwort:
Eine Statistik, an welchen Veranstaltungen im Gasteig die a) VVN/BdA, b) die SJD mitwirken, wird nicht geführt.
Auf § 68 GeschO wird verwiesen, wonach sich das Informationsrecht auf Auskünfte beschränkt, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen.

Frage 4:
Inwieweit unterstützt die Stadtverwaltung die Ansicht, dass in Zukunft auch Gruppen, die als „rechtsextrem" bzw. „rechtsextremistisch" eingestuft werden, öffentlich beworbene Veranstaltungen im Gasteig werden durchführen dürfen?

Antwort:
Der Münchner Stadtrat bezog in seiner Vollversammlung am 17.12.2008 mit seiner Beschlussvorlage „Netzwerk gegen Rechtsextremismus in München handlungsfähiger gestalten – Einrichtung einer Fach- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus"; „Rechtsextremen Aktivitäten entschlossen entgegentreten" eindeutig eine ablehnende Position gegenüber Rechtsextremismus.

Frage 5:
Welche Zuschüsse stellt die Stadt München ggf. für die Bewerbung von Veranstaltungen im Gasteig im Jahre 2009 aus städtischen Haushaltsmitteln bereit?

Antwort:
Eine Erhebung, welche Zuschüsse die Stadt München für die Bewerbung von Veranstaltungen im Gasteig aus dem städtischen Hoheitshaushalt bereitstellt, liegt nicht vor.
Auf § 68 GeschO wird verwiesen, wonach sich das Informationsrecht auf Auskünfte beschränkt, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen.

Abtreibung in München – Zahlen, Entwicklung, Maßnahmen (I)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich darauf, dass in einem Sozialstaat eine finanzielle Notlage kein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch sein darf. Sie wollen der Statistik des Bundesamtes entnommen haben, dass deutschlandweit jährlich 130.000 Schwangerschaftsabbrüche stattfinden. Weil auch in München Abtreibungen stattfinden, meinen Sie, dass hier mehr Transparenz nötig sei.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet:

Frage 1:
Wie viele Abtreibungen wurden in München in den Jahren seit dem Jahr 2000 erfasst? (bitte nach Jahren aufführen!)

Antwort:
Die Daten zu den Schwangerschaftsabbrüchen werden zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und sind für die einzelnen Bundesländer untergliedert. Auf örtlicher Ebene ist es nicht möglich, Auskunft über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in München zu erhalten und es besteht auch keine Rechtsgrundlage für eigene Erhebungen. Ihre Frage ist daher nur mit den Zahlen für Deutschland und für Bayern zu beantworten:

	Schwangerschaftsabbrüche	
Jahr	Deutschland	Bayern
2000	134 609	16 603
2001	134 964	16 464
2002	130 387	15 885
2003	128 030	15 563
2004	129 650	16 155
2005	124 023	14 294
2006	119 710	13 593
2007	116 871	13 364
2008	114 484	12 736

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Frage 2:
Wie viele Abtreibungen entfielen jeweils auf die einzelnen Stadtbezirke?

Antwort:
Entfällt, s. Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Wie viele Abtreibungen wurden in welchen Krankenhäusern der Stadt München seit dem Jahr 2000 durchgeführt?

Antwort:
Entfällt, s. Antwort zu Frage 1.

Frage 4:
Wie viele Abtreibungen entfielen – soweit bekannt – seit dem Jahr 2000 in München auf Ausländer, wie viele auf Deutsche?

Antwort:
Entfällt, s. Antwort zu Frage 1.

Abtreibung in München – Zahlen, Entwicklung, Maßnahmen (II)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Mit dieser zweiten Anfrage beziehen Sie sich wieder auf die Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland und wiederholen, dass in München mehr Transparenz nötig sei.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir die Anfrage ebenfalls zur Beantwortung zugeleitet.

Frage 1:
Welche Organisationen sind dem Oberbürgermeister bekannt, die sich in München aktiv für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen? (Bitte einzeln aufführen!).

Antwort:
Die Beratung einer schwangeren Frau in einer Not- und Konfliktlage hat gemäß § 219 Abs. 1 StGB zu erfolgen und „(...) dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Dabei muss der Frau bewusst sein, dass das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat und dass deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist, dass sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt. (...) Das Nähere regelt das Schwangerschaftskonfliktgesetz."

Gemäß § 219 Abs. 2 StGB hat die Beratung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz „durch eine anerkannte Schwangerschaftsberatungsstelle zu erfolgen".

In München und Umgebung gibt es insgesamt sieben staatlich anerkannte Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen der folgenden freien Träger: Donum Vitae, Evangelisches Beratungszentrum München e.V., Familienberatung Ismaning, Frauen beraten e.V., Pro Familia, Ortsverband München e.V.

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sind außerdem in den unteren Gesundheitsbehörden, d.h. im Landratsamt München und im Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München staatlich anerkannte Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen eingerichtet.

Es gibt keine Erkenntnisse, wonach die vorstehenden Einrichtungen entgegen dem gesetzlichen Auftrag handeln würden. Inwieweit neben den Kirchen auch sonstige nicht religiös geprägte Organisationen existieren, die sich aktiv mit der einschlägigen Thematik beschäftigen, ist uns nicht bekannt.

Frage 2:
Welche Organisationen in München, die sich für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen, waren in den letzten Jahren Ziel von Gewalt- und Straftaten durch Andersdenkende (Handgreiflichkeiten, Sachbeschädigungen, erfasste Beleidigungsdelikte
etc. – Vorfälle bitte einzeln aufführen!)?

Antwort:
Laut Auskunft der staatlich anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen in München war keine der o.g. Institutionen in den letzten Jahren von derartigen Vorfällen betroffen.

Frage 3:
Welche Organisationen, die Abtreibung als gangbaren Weg für werdende Mütter befürworten, werden von der Stadt München unterstützt – und in welcher Form, ggf. mit welchen Zuschüssen und aus welchen Haushaltstiteln (bitte exakt angeben)?

Antwort:
Organisationen, die den Schwangerschaftsabbruch befürworten, erhalten von der Landeshauptstadt München keinerlei Zuschüsse.

Sollten Sie mit Ihrer Frage die staatlich anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen ansprechen, ist festzustellen, dass die nach § 219 des Strafgesetzbuches notwendige dort durchgeführte Schwangerschaftskonfliktberatung „ergebnisoffen" (§ 5 Abs. 1 SchKG) zu führen ist. Des weiteren geht sie gemäß § 5 SchKG Abs. 1 „von der Verantwortung der Frau aus. Die Beratung soll ermutigen und Verständnis wecken, nicht belehren oder bevormunden. Die Schwangerschaftskonfliktberatung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens."

Augen auf beim „a.i.d.a."-Archiv – wie weit geht die Zusammenarbeit der Stadt mit Linksextremen? (I)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.7.2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 9.07.2009 nehme ich Bezug.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Inwieweit kooperieren städtische Stellen – z.B. im Rahmen des bundesweiten „Kampfes gegen Rechts", der auch in der Landeshauptstadt München offensiv und auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt wird – noch immer mit dem „a.i.d.a."-Archiv, etwa durch Nutzung von "Informationen", die vom „a.i.d.a."-Archiv gewonnen wurden?

Antwort:
Die städtischen Dienststellen der Landeshauptstadt München nutzen alle öffentlich zugänglichen Informationen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Eine Erhebung, ob und ggf. wie städtische Stellen mit dem a.i.d.a.-Archiv kooperieren, liegt nicht vor. Die Beantwortung dieser Frage würde daher einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern und kann somit nicht erfolgen. Das Informationsrecht beschränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen.

Frage 2:
Inwieweit teilt die Stadt die zuletzt vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2008 vorgenommene Einschätzung des „a.i.d.a."-Archivs als „linksextremistisch"?

Antwort:
Der Landeshauptstadt München liegen selbst keine Erkenntnisse vor, die eine solche Einschätzung rechtfertigen würden. Es handelt sich um eine außerordentlich anerkannte und mehrfach von der öffentlichen Hand und demokratischen Bündnissen preisgekrönte Institution. Das a.i.d.a.-Archiv distanziert sich ausdrücklich von eventuell verfassungsfeindlichen Inhalten der verlinkten Seiten. Darüber hinaus hat das a.i.d.a.-Archiv angekündigt, gegen die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht gerichtlich vorgehen zu wollen, es handelt sich somit um ein schwebendes Verfahren.

Frage 3:
Inwieweit entspricht es dem Selbstverständnis städtischer Stellen, mit einer Organisation zu kooperieren, die als „linksextremistisch" eingeschätzt wird? Inwieweit ist sich die Stadt des damit verbundenen Problems bewusst, sich ggf. den Vorwurf „linksextremistischer" Parteilichkeit vorhalten lassen zu müssen?

Antwort:
Siehe Frage 2.

Frage 4:
Wie beurteilt die Stadt selbst die „antifaschistische" Selbstverortung des „a.i.d.a."-Archivs? Wie beurteilt sie die von „antifaschistischem" Engagement getragenen „Dokumentations"- und Rechercheleistungen des „a.i.d.a."-Archivs, insbesondere im Hinblick auf deren Brauchbarkeit und Wahrheitsgehalt?

Antwort:
Eine Beurteilung diesbezüglich kann seitens der Stadt nicht erfolgen, da keine Erhebungen über die Nützlichkeit der Informationen im Einzelnen vorliegen. Im Übrigen wird auf Frage 2 verwiesen.

Frage 5:
Wie beurteilt die Stadtverwaltung vor dem unter 4. angesprochenen Hintergrund insbesondere die Tatsache, dass Mitarbeiter des „a.i.d.a."-Archivs unter Pseudonym – z.B. Tobias-Raphael Bezler alias „Robert Andreasch" – in als „linksextrem" eingestuften Publikationsorganen wie „Der rechte Rand" inhaltliche Beiträge mit nachweislich falschen Informationen über politisch Andersdenkende veröffentlichen?

Antwort:
Der Wahrheitsgehalt der in Frage 5 aufgestellten Behauptungen kann von der Stadtverwaltung nicht beurteilt werden, eine Antwort kann daher nicht erfolgen.

Frage 6:
Wie positioniert sich die Stadt München zu der Tatsache, dass im Rathaus vertretene Parteien – wie die „Grünen" und DIE LINKE – offen mit dem „a.i.d.a."-Archiv zusammenarbeiten?

Antwort:
Mit welchen Organisationen die im Rathaus vertretenen demokratischen Parteien zusammenarbeiten, liegt ausschließlich in deren eigener Verantwortung. Eine „Positionierung" seitens der Stadt München erfolgt diesbezüglich nicht.
Im Übrigen wird auf Frage 2 verwiesen.

Augen auf beim „a.i.d.a."-Archiv – wie weit geht die Zusammenarbeit der Stadt mit Linksextremen? (II)
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.7..2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 09.07.2009 nehme ich Bezug.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Veranstaltungen führte das „a.i.d.a."-Archiv 2007, 2008 und 2009 durch?
Welche Referenten wurden eingeladen? (Bitte möglichst detailliert aufführen!)

Antwort:
Seitens der Landeshauptstadt München kann diese Frage nicht beantwortet werden, Auskunft darüber kann nur das a.i.d.a.-Archiv selbst geben.

Frage 2:
Welche Erkenntnisse liegen dem OB vor, dass das „a.i.d.a."-Archiv auch persönliche Daten über Andersdenkende sammelt?

Antwort:
Erkenntnisse darüber liegen mir nicht vor.

Frage 3:
Mittel in welcher Höhe aus städtischen Haushalten sind dem „a.i.d.a"-Archiv zwischen 2005 und 2009 zugeflossen? (Bitte jahrweise und mit Nennung der Finanzposition/en aufführen!)

Antwort:
Eine Aufstellung, ob Mittel aus dem städtischen Haushalt in den letzten Jahren dem a.i.d.a.-Archiv zugeflossen sind und ggf. in welcher Höhe liegt nicht vor. Die Beantwortung dieser Frage würde daher einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern und kann somit nicht erfolgen. Das Informationsrecht beschränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen.

Frage 4:
Welche Erkenntnisse darüber liegen dem Oberbürgermeister vor, welche Stadträte (haupt- und ehrenamtlich) Mitglieder und/oder Fördermitglieder bei „a.i.d.a. e.V. München" sind?

Antwort:
Hierzu liegen mir keine Informationen vor, da über die Mitgliedschaft von Stadträtinnen und Stadträten in Vereinen keine Statistiken geführt werden.

Frage 5:
Welche Veranstaltungen führte das „a.i.d.a."-Archiv ggf. seit 2005 in Räumlichkeiten der Stadt München durch? (bitte detailliert aufführen!)

Antwort:
Eine Erhebung, welche Veranstaltungen das a.i.d.a.-Archiv seit 2005 in Räumlichkeiten der Stadt München durchgeführt hat, liegt nicht vor. Die Beantwortung dieser Frage würde daher einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erfordern und kann somit nicht erfolgen. Das Informationsrecht beschränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen.

Frage 6:
Inwieweit würde die Stadt München – aus Gründen der Ausgewogenheit und des politischen Pluralismus – die Einrichtung einer vergleichbaren Archivstelle über „linksextreme" Gruppierungen, Publikationsorgane und Einzelpersonen sowie über etwaige Verbindungen zwischen der „linksextremen" Szene zu Münchner Rathausparteien wie „Grünen" und LINKE begrüßen?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München verurteilt jegliche Art von Extremismus. In diesem Zusammenhang darf ich auf das von mir im Jahr 1998 initiierte „Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtstaatlichkeit" verweisen, übrigens das erste kommunale Bündnis dieser Art in Deutschland.
Die Einrichtung einer Archivstelle über linksextreme Gruppierungen wäre aber grundsätzlich nicht zu beanstanden.

Dönerstände in München – Zahlen, Entwicklung, Auffälligkeiten
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferat:

Ihre Anfrage vom 24.06.2009, in der Sie bei dem gastronomischen Angebot in München vielerorts, so etwa im Bahnhofsviertel, das ortstypisch bayrische kulinarische Gepräge vermissen, hat mir Herr Oberbürgermeister Christian Ude zur unmittelbaren Beantwortung übergeben.

Ihre Fragen werden wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Wie viele Dönerstände existieren nach Kenntnis des Kreisverwaltungsreferates in der Landeshauptstadt München? Bitte möglichst nach aktuellen Standorten in den einzelnen Stadtbezirken aufführen.

Antwort:
Dönerstände werden in der Gewerbedatei unter der Bezeichnung "Abgabe von zubereiteten Speisen und alkoholfreien Getränken" aufgeführt. Da unter diese Bezeichnung auch die Abgabe von anderen Speisen fällt, kann die Zahl der Dönerstände nicht gesondert aus der Gewerbedatei abgeleitet werden. Andere statistische Auswertungen stehen nicht zur Verfügung.

Frage 2:
Wie viele Dönerstände wurden in den Kalenderjahren 2007 und 2008 in München neu eröffnet?

Antwort:
Hierzu kann keine Aussage getroffen werden (siehe Frage 1).

Frage 3:
Wie viele Dönerstände in München wurden in den Kalenderjahren 2007 und 2008 vom Wirtschaftskontrolldienst (WKD) besucht? Bei wie vielen gab es Beanstandungen? Welche Beanstandungen wurden festgestellt?

Antwort:
Statistisch erfasst wird lediglich die Zahl aller Kontrollen und Beanstandungen. Eine gesonderte Erfassung von Dönerständen erfolgt nicht. Die Be-

anstandungen beziehen sich in der Regel auf Hygiene, Lebensmittelsicherheit und Kennzeichnung.
Im Jahr 2007 wurden von der Lebensmittelüberwachung insgesamt 17.527 Kontrollen durchgeführt. Dabei wurden in 1.444 Fällen Beanstandungen festgestellt.
Im Jahr 2008 wurden von der Lebensmittelüberwachung insgesamt 11.176 Kontrollen durchgeführt. Dabei wurden in 4.798 Fällen Beanstandungen festgestellt.

Frage 4:
Mußten aufgrund von Beanstandungen in den Kalenderjahren 2007 und 2008 Dönerstände geschlossen werden?

Antwort:
Eine Gewerbeuntersagung für Dönerstände ist in den Kalenderjahren 2007 und 2008 nicht erfolgt.

Frage 5:
Wie positioniert sich die Stadtverwaltung angesichts der Tatsache, dass in einzelnen Straßenzügen im Bahnhofsviertel (Schillerstraße, Bayerstraße) kaum noch bayerische Spezialitäten angeboten werden, während dort Gastronomiebetriebe mit unverkennbar ausländischem Angebot das Straßenbild prägen? Hält die Stadtverwaltung diese Entwicklung für – im Zuge der Globalisierung – unvermeidlich oder für begrüßenswert? Oder sieht sie Handlungsbedarf, um der Verdrängung einheimischer gastronomischer Betriebe und Traditionen durch ausländische Gastronomiebetriebe erforderlichenfalls Einhalt zu gebieten? Wann würde die Stadt hier gegebenenfalls Handlungsbedarf sehen?

Antwort:
Die Gewerbebehörde hat vor dem Hintergrund der Gewerbefreiheit keinen Einfluss darauf, welche Betriebe angemeldet werden.

„Freiheit statt Zwang" – Kosten, Beteiligte, Straftaten?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Kreisverwaltungsreferat:

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage vom 24.06.2009 zur Beantwortung überlassen. Ihre Fragen kann ich im Anschluss an die inhaltliche Wiedergabe Ihrer Anfrage wie folgt beantworten:

Inhaltlich teilten Sie folgendes mit:

„Freiheit statt Zwang" – unter diesem Motto zogen am Samstag, 13.06.2009, rund 500 Demonstranten durch die Münchner Innenstadt. Zum Abschluss der "Aktionstage zur Abschaffung des Lagerzwangs für Flüchtlinge" forderten Kundgebungssprecher und Demonstranten ein Ende der Unterbringung von Asylbewerbern in Sammelunterkünften."

Frage 1:
Wie viele Polizeibeamte waren im Zusammenhang mit der genannten Kundgebung am 13.06.2009 im Einsatz?

Frage 2:
Welche Kosten verursachte dieser Polizeieinsatz?

Frage 3:
Kam es im Zuge oder am Rande der Veranstaltung zu Straftaten a) von Veranstaltungsteilnehmern, b) von etwaigen Gegnern der Kundgebung? Wenn ja, bitte Zahlen je nach Deliktsparten aufführen.

Frage 4:
Welche vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als „extremistisch" eingestuften Organisationen nahmen an der Kundgebung a) ggf. als (Mit-)Veranstalter, b) mit eigenen Mitgliedern und/oder Funktionären teil?

Frage 5:
Welche sonstigen politischen Organisationen nahmen teil?

Antwort:
Zu Ihren unter Ziff. 1 mit 5 gestellten Fragen ist auszuführen, dass die Stadt hierüber keine eigenen Erkenntnisse hat. Ihr Informationsrecht be-

schränkt sich auf Auskünfte, die sich auf bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen. Ich empfehle Ihnen, sich bei Informationsbedarf an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 6.:
Wie positioniert sich die Stadt München zum Anliegen der Kundgebung?

Antwort:
Das Kreisverwaltungsreferat hat zu dieser Frage das Sozialreferat um Antwort gebeten. Das Sozialreferat teilte hierzu folgendes mit:

„Mit Stadtratsbeschluss vom 13.11.2008 wurde der Oberbürgermeister gebeten, sich an den Herrn Ministerpräsidenten und die Landtagsfraktionen zu wenden mit dem Ziel, die regelmäßige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften zu beenden und statt dessen den Einzug in normale Wohnungen zuzulassen."

Jüdisches Leben in München – Zahlen, Fakten (II);
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.6.2009

Antwort Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner:

Zum 24.06.09 stellten Sie eine Anfrage gem. § 68 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt München in o.g. Angelegenheit.

Mit Ihren Fragen baten Sie um verschiedene Informationen zum jüdischen Leben in München, sowie damit verbundenem Datenmaterial.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche jüdischen Kindergärten und Schulen gibt es in München?

Antwort:
Ein jüdischer Kindergarten wird am Sankt-Jakobs-Platz mit 125 Kindern geführt. Dort ist auch die Sinai-Grundschule der Israelitischen Kultusgemeinde München situiert.

Frage 2:
In welcher Höhe wird ggf. die Bewachung jüdischer Einrichtungen aus städtischen Mitteln bezuschusst oder zur Gänze bestritten? (Bitte möglichst genau aufführen!)

Antwort:
Die Landeshauptstadt München leistet an die Israelitische Kultusgemeinde einen freiwilligen Zuschuss zu den Ausgaben für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für pädagogische Einrichtungen. Dies wurde grundsätzlich vom Schulausschuss der Landeshauptstadt München mit Beschluss vom 11.07.1990 beschlossen.
Nähere Informationen hierüber können auch den Beschlüssen des Schul- und Sportausschusses vom 02.04.2008 und vom 14.01.2009, die im RIS einsehbar sind, entnommen werden.

Frage 3:
Wie viele Übergriffe auf jüdische Vereine oder Einrichtungen in München wurden seit dem Jahr 2000 registriert? (Bitte jahrweise und nach Deliktsarten aufführen, z.B. Wandschmierereien, Brandanschläge etc.!) Welche

Tatverdächtigen konnten ermittelt werden (ggf. Palästinenser, „Rechtsextremisten," etc.)?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 4:
Wie viele jüdische Kindergärten mit wie vielen Kindern insgesamt gibt es in München?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 5:
Welche besonderen pädagogischen, religiösen oder anderweitigen Qualifikationen sind für die Tätigkeit an Münchner jüdischen Kindergärten erforderlich? Woher kommt das an Münchner jüdischen Kindergärten tätige Personal?

Antwort:
Die Anforderungen, die an das Erziehungspersonal in einer Kindertageseinrichtung gestellt werden, sind im Bayer. Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz aufgeführt und gelten allgemein. Darüber hinaus obliegt es dem Träger weitere Auswahlkriterien an sein Personal zu stellen. Dies unterliegt nicht der Aufsicht.

Frage 6:
Wie viele jüdische Metzgereien gibt es in München? Welche haben – und auf welcher Rechtsgrundlage – eine Erlaubnis zum betäubungslosen Schlachten von Tieren (Schächten)? Woher beziehen – falls nicht aus eigener Herstellung – jüdische Metzgereien in München koscheres Fleisch?

Antwort:
Das Kreisverwaltungsreferat führt hierzu Folgendes aus: Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt München befindet sich eine koschere Metzgerei. Diese ist aber nicht selbst im Besitz einer Erlaubnis zum Schächten. Das

koschere Fleisch wird vielmehr von verschiedenen Vorlieferanten aus EU-Betrieben bzw. entsprechenden Betrieben in Drittländern bereits gekühlt und verpackt bezogen. Um welche Betriebe es sich dabei im Einzelnen handelt, entzieht sich der Kenntnis des KVR, da die Rückverfolgbarkeit nur stichprobenartig erfolgt und damit nicht die komplette Produktpalette umfasst.

Jüdisches Leben in München – Zahlen, Fakten (III),
Kosten und Zuschüsse für den Schutz jüdischer Einrichtungen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 9.7.2009

Antwort Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner:

Zum 09.07.09 stellten Sie eine Anfrage gem. § 68 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt München in o.g. Angelegenheit.

Mit Ihren Fragen baten Sie um verschiedene Informationen zum jüdischen Leben in München, sowie damit verbundenem Datenmaterial.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen waren an den vorherigen Standorten der genannten Einrichtungen (jüdische Ganztagsschule, Kindergarten, Jugend- und Kulturzentrum, Krabbelgruppe) zu treffen? Wo befanden sich diese vorherigen Standorte? Mit welchen Kosten schlugen dort (einzeln und insgesamt) ggf. zu treffende Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen zu Buche? Wurden diese ggf. ebenfalls aus städtischen Haushaltstiteln bezuschusst? In welcher Höhe (bitte Finanzposition/en nennen!)?

Antwort:
Es entzieht sich meiner Kenntnis, welche Schutzmaßnahmen an den vorherigen Standorten zu treffen waren. Nähere Auskünfte können im Bedarfsfall durch die Israelitische Kultusgemeinde München bezogen (IKG) werden.
Für Kindergarten und Hort erfolgte eine Zuschusszahlung (Finanzposition 4646.701.2134.0) in Höhe von gesamt 92.131 Euro/Jahr (hier 2007).

Das Sozialreferat meldete hierzu, dass das Jugend- und Kulturzentrum der IKG ausweislich der in öffentlicher Sitzung vom Stadtrat beschlossenen Zuschussnehmerdatei für 2006 und 2007 mit einem Festbetrag von 183.230 Euro gefördert worden ist. In dem dieser Förderung zugrunde liegenden Kostenplan sind keine Kosten für Bewachung aufgeführt. Eine Zuordnung zu einzelnen Positionen des Kostenplans ist wegen der Festbetragsfinanzierung nicht möglich.

Frage 2:
Wurde die Israelitische Kultusgemeinde im Vorfeld des Umzugs der unter 1. genannten pädagogischen Einrichtungen an den St.-Jakobs-Platz auf die dort möglicherweise zu gewärtigende „verschärfte" Sicherheitslage hingewiesen? Wann? Durch wen und in welcher Form? Wurde versucht, der Israelitischen Kultusgemeinde mit Blick auf möglicherweise erhöhte Sicherheitsrisiken am St.-Jakobs-Platz vom Umzug der genannten Einrichtungen an den neuen Standort abzuraten? Wie reagierte die Israelitische Kultusgemeinde?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 3:
Der im April 2009 vom Schulausschuss der Stadt München bewilligte Zuschuss für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen am St.-Jakobs-Platz umfasst laut der zitierten Sitzungsvorlage nur Maßnahmen zum Schutz der jüdischen pädagogischen Einrichtungen. Welche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen sind am St.-Jakobs-Platz ggf. noch für weitere jüdische Einrichtungen erforderlich, etwa für die Synagoge selbst und weitere Institutionen auf dem Areal des St.-Jakobs-Platzes? (bitte detailliert aufführen!) Mit welchen Kosten schlagen diese weitergehenden Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen zu Buche? Mit weiteren Zuschüssen in welcher Höhe werden sie ggf. aus städtischen Haushaltsmitteln mitfinanziert?

Antwort:
Das Sozialreferat meldete hierzu, dass ausweislich der in öffentlicher Sitzung vom Stadtrat beschlossenen Zuschussnehmerdatei für 2009 die Sozialabteilung mit einem Festbetrag in Höhe von 309.834 Euro gefördert wird. In dem dieser Förderung zugrunde liegenden Kostenplan, der Gesamtkosten von 1.547.500 Euro ausweist, sind 46.000 Euro für Bewachung aufgeführt.
Ebenfalls in der Zuschussnehmerdatei für 2009 ist die Förderung des Jugend- und Kulturzentrums mit einem Festbetrag von 201.368 Euro ausgewiesen. In dem dieser Förderung zugrunde liegenden Kostenplan, der Gesamtkosten von 994.000 Euro beziffert, sind keine Kosten für Bewachung aufgeführt.

Da es sich bei beiden Zuschüssen um eine Festbetragsfinanzierung handelt, ist eine Zuordnung zu einzelnen Positionen der Gesamtkosten nicht möglich.

Das Kulturreferat meldete hierzu Fehlanzeige.

Frage 4:
Welche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für welche weiteren jüdischen Einrichtungen in München werden ggf. geleistet? Mit ggf. welchen städtischen Zuschüssen (bitte Finanzposition/en aufführen!)?

Antwort:
Das Kulturreferat meldete hierzu Fehlanzeige. Darüber hinaus entzieht es sich auch meiner Kenntnis, ob bzw. welche weitere Schutzmaßnahmen geleistet werden. Nähere Auskünfte können im Bedarfsfall durch die Israelitische Kultusgemeinde München (IKG) bezogen werden. Entsprechende Zuschussleistungen können daher nicht beziffert werden.
Im Übrigen verweise ich auf die Antwort zu Frage 3.

Frage 5:
Wie begründet sich die Kategorisierung des Areals am St.-Jakobs-Platz unter „Gefahrenstufe I" durch die Polizeidirektion?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 6:
Wie oft wird die Einschätzung der Gefährdungssituation von der Polizeidirektion aktualisiert? Welche Faktoren und Gesichtspunkte fließen dabei in die Beurteilung ein?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 7:
Welche Gefährdungssituationen (in „Gefahrenstufen") liegen ggf. für weitere jüdische Einrichtungen in München vor? Für welche?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 8:
Wie viele und welche Übergriffe auf jüdische Einrichtungen in München haben seit dem Jahr 2000 stattgefunden (falls stattgehabt, bitte detailliert in Zahlen und nach Deliktsparten aufführen!)?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 9:
Welche Tendenzen hinsichtlich der Bedrohungslage für jüdische Einrichtungen in München kann die Polizei ggf. erkennen? Hat sich die Gefährdungssituation ggf. seit dem 11. September 2001 bzw. dem „Krieg gegen den Terror" verschärft? Gibt es andere Zäsuren in der Gefährdungsentwicklung jüdischer Einrichtungen in München (z.B. Konflikte in Nahost, Wahltermine o.ä.)?

Antwort:
Diesbezügliche Aufzeichnungen werden im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung München nicht geführt. Ich empfehle Ihnen bei Informationsbedarf sich diesbezüglich an das Polizeipräsidium München zu wenden.

Frage 10:
Unter welcher Zeile unter Produktleistung 02 der Produktleistungsziffer 5950020 tauchen die – oder einige der – genannten pädagogischen Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde am St.-Jakobs-Platz auf?

Antwort:
Die Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde sind im Produkt 1.2, Finanzen-Produktleistung 2, Steuerung freier Träger, Innenauftrag 595002222 enthalten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 4. August 2009

Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung – kommunale „Radarkontrollen“
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Hans Podiuk

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
04.08.09

Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung – kommunale „Radarkontrollen“

Dem Stadtrat wird dargestellt:

1. Wie viele fest installierte und mobile Geräte zur Geschwindigkeitsüberwachung befinden sich im Besitz bzw. im Eigentum der Landeshauptstadt München?

2. Wie häufig werden pro Jahr Geschwindigkeitsmessungen durch solche mobile Messgerätschaften durchgeführt?

3. An welchen Orten werden schwerpunktmäßig kommunale Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt?

4. Wie hoch sind die jährlichen Einnahmen der Landeshauptstadt an Bußgeldern wegen Geschwindigkeitsübertretungen, die mit Hilfe der kommunalen Messgerätschaften festgestellt werden?

5. Wie hoch ist die Anzahl der Fahrverbote, die aufgrund von kommunalen Geschwindigkeitsmessungen verhängt werden?

Gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de